

So tragen Gemeinden zum Klimaschutz bei

Beispiel Ittigen Netto null bis 2050. Das ist das Ziel der Schweiz im Klimaschutz. Der Weg dahin ist lang. Helfen können Gemeinden, die freiwillig mehr machen.

Stephanie Jungo

Marco Rupp will vorwärts-machen. Mehr Solarenergie. Weniger Ölheizungen. Rupp ist Gemeindepräsident von Ittigen, das in Sachen Klimaschutz einen Effort leisten will, um die Klimaziele zu erreichen: netto null bis 2050.

Damit gehört Ittigen zu denjenigen Gemeinden, die freiwillig mehr tun, als es das Gesetz vorschreibt – und damit dazu beitragen, den Ausstoss von Treibhausgasen zu senken. Mittlerweile lebt rund die Hälfte der Bevölkerung in der Schweiz in einer Gemeinde mit dem Label Energiestadt. Auch Ittigen hat mit der Norm ISO 14001 ein Zertifikat.

Es ist ein Thema, worüber Marco Rupp gerne spricht. Gerade legte die Gemeinde Ittigen das Klimaprogramm neu auf. Ein Mosaikstein, der gemeinsam mit den Massnahmen von Bund und Kanton und mit dem Engagement von Wirtschaft und Privatpersonen ein Ganzes ergeben soll.

Die Ausgangslage

Die Schweiz deckt ihren Energiebedarf zu 70 Prozent mit Erdöl, Erdgas und Uran ab. 13 Milliarden Franken fließen dafür jedes Jahr ins Ausland. Der Kanton Bern will den Strom bis 2035 zu 80 Prozent aus erneuerbaren Quellen beziehen, Wärme zu 70 Prozent. So hält er es im Bericht zu seiner Klimastrategie fest.

In Ittigen verursacht die Mobilität rund 20 Prozent des CO₂-Ausstosses. Die Emissionen stammen grösstenteils aus privaten Haushalten, 60 Prozent gehen auf Öl- und Gasfeuerungen. Bei den Heizungen gebe es den grössten Handlungsspielraum, schreibt Marco Rupp.

Diesen Spielraum ausnutzen will die Gemeinde unter anderem mit dem Reglement zur Energieförderung. Das Kernstück: ein Fonds mit 4,7 Millionen Franken, um Gebäude zu sanieren. Die Gemeindeversammlung stimmte dem Vorhaben 2018 zu. Seither erhielten circa 50 Privatpersonen und Unternehmen die Zusicherung für Unterstützungsbeiträge.

Der Nutzen

Dazu gehören Max und Marlies Wälchli. Letztes Jahr ersetzten sie ihre Elektroheizung durch eine Wärmepumpe. Eine grosse Investition für sie. 60'000 Franken habe die Pumpe gekostet, 10'000 Franken seien von Kanton und Gemeinde zurückgekommen.

«Es war ein Strauss von Gründen, die uns dazu bewogen haben», sagt Max Wälchli. Zentral sei der ökologische Gedanke. «Wenn wir an die kommenden Generationen denken wollen, müssen wir unsere Ressourcen schonen.»

Max Wälchli ist politisch engagiert in Ittigen, er sitzt in der Geschäftsprüfungskommission. Dementsprechend sei er informiert über die Beiträge der Gemeinde. «Das hat natürlich geholfen», sagt er. Hinzu kam die



Thomas und Eveline Egger liessen auf ihrem Dach eine Fotovoltaikanlage installieren. Foto: Raphael Moser

Ungewissheit: «Wie lange ist eine Heizung, wie wir sie haben, gesetzlich überhaupt noch erlaubt?»

Zu einer wirkungsvollen Klimapolitik gehören für die Wälchlis unter Umständen auch Verbote oder Zwänge. «Vielleicht braucht es das. Natürlich mit Übergangsfristen und Beiträgen für die Betroffenen.» Die Wahlen



Gemeindepräsident Marco Rupp will Ittigen in Sachen Klimaschutz vorwärtsbringen. Foto: Susanne Keller

hätten gezeigt, dass sich das ökologische Denken durchsetze.

Die Gesetze

Das Klima treibt die Menschen auf die Strasse, Parteien, die Grün im Namen tragen, feiern Wahlerfolge – und doch polarisiert der Klimaschutz. Verschiedene Gruppen sammeln Unterschriften für ein Referendum gegen das neue CO₂-Gesetz – weil es den einen zu weit, den anderen zu wenig weit geht.

Im Kanton Bern entschied sich das Stimmvolk knapp gegen die Revision des Energiegesetzes. Das war 2019. Aufgrund der Ablehnung seien die Kompetenzen für Gemeinden aktuell begrenzt, schreibt das kantonale Amt für Umwelt und Energie. Energetisch besonders vorbildliche Projekte, beispielsweise Plusenergiequartiere, könnten Gemeinden so nicht fordern.

So wie vielerorts im Berner Mittelland sagte auch Ittigen Ja zur Vorlage. Gemeindepräsident Marco Rupp schreibt: «Bund und Kanton setzen den rechtlichen Rahmen. Fehlt dieser, dann haben die Gemeinden Mühe, die

Ziele der Nachhaltigkeit zu erreichen.»

Es sind die Gemeinden, die den engsten Kontakt zur Bevölkerung und Wirtschaft pflegen. Das geht mit einer Verantwortung einher. Gesetze würden sich nicht von alleine umsetzen, so Marco Rupp. Es benötige Überzeugungsarbeit. «Dort liegt der Schwerpunkt der Anstrengungen der Gemeinde.»

Die Hausbesitzer

Ein Beispiel dafür ist Thomas Egger. Als Hausbesitzer mache er sich Gedanken: «Was will ich investieren?» Ein Schreiben von der Gemeinde machte ihn auf die Förderbeiträge aufmerksam – dann habe er angefangen zu rechnen. «Der Beitrag der Gemeinde war sozusagen das Zünglein an der Waage.»

Die Fotovoltaikanlage, die er im vergangenen Jahr installiert hat, bezeichnet er als «super Investitionen». Egger rechnet damit, dass die Anlage in sieben, acht Jahren amortisiert ist.

Die wirtschaftlichen Vorteile seien nicht allein ausschlaggebend gewesen. Er möchte auch

etwas zum Klimaschutz beitragen. Darüber hinaus sei es ein gutes Gefühl, eigenen Strom zu produzieren. Er zieht dazu einen Vergleich: «Das Gemüse aus dem eigenen Beet schmeckt auch besser als das Gemüse aus dem Laden.»

Thomas Egger findet es gut, dass die Gemeinde etwas für den Klimaschutz macht. Es sei ein guter Ansatz. Verbote und Zwän-

«Das Gemüse aus dem eigenen Beet schmeckt auch besser als das Gemüse aus dem Laden.»

Thomas Egger
Hausbesitzer

ge halte er hingegen für wenig sinnvoll. «Wenn man den Bürgern etwas bietet, das ökologisch sinnvoll ist und wirtschaftlich interessant, werden sie freiwillig etwas machen.»

Die Aussichten

Das Beispiel Solarenergie zeigt, wie weit der Weg noch ist. 2018 wurden in der Schweiz 5 Prozent der geeigneten Dächer genutzt. Mit anderen Worten: Solarenergie machte im Energiemix rund 3,4 Prozent aus. Bis 2050 soll sich dieser Anteil laut Bundesamt für Energie (BFE) auf 20 Prozent erhöhen.

In einem kürzlich veröffentlichten Bericht zeigte sich das BFE zudem wenig optimistisch. Während die Industrie die Ziele erreichen könnte, verfehle die Schweiz diese in den Bereichen Verkehr und Gebäude. Ebenso schreibt der Kanton Bern, dass zu wenig ältere Gebäude saniert würden.

Dagegen will die Gemeinde Ittigen etwas tun. Das neue Programm Klimact 2020+ setzt dazu an verschiedenen Stellen an. Raumplanung. Umwelt, insgesamt umfasst es 18 Massnahmen. Konkret heisst das unter anderem: Die Gemeinde will den ÖV ausbauen, verdichtet bauen oder einen Wärmeverbund aufbauen.

Die Lösung

Marco Rupp betont mehrmals: Es braucht das Miteinander von Gemeinde, Wirtschaft und Privatpersonen. Jedoch gehe es wohl auch nicht ohne Kontrolle und Vorschriften. Das CO₂-Gesetz erachte er als guten Kompromiss. Auch auf kantonaler Ebene benötige es nun gesetzliche Anpassungen. Nach dem Nein zum Energiegesetz überwiege der Grosse Rat einen Vorstoss, wonach der Regierungsrat eine Revision des Gesetzes vorlegen soll.

Ohne Gesetze gebe es Schwierigkeiten für Gemeinden. Marco Rupp macht ein Beispiel: Fehlt im kantonalen Gesetz die Pflicht, Infrastrukturen für Elektrofahrzeuge zu schaffen, sei es der Gemeinde auch nicht möglich, das zu verlangen.

Nachrichten

382 Neuinfizierte, 13 Todesfälle

Corona-Statistik Im Kanton Bern haben sich zwischen Montag und Dienstag 382 Personen mit dem Coronavirus infiziert. 13 Menschen starben an oder mit Covid-19. Am Dienstag befanden sich 371 Infizierte im Spital, (-6 gegenüber Vortag), davon 71 auf der Intensivstation (+5 gegenüber Vortag), von denen wiederum 56 künstlich beatmet werden (+1 gegenüber Vortag). (chh)

Martin Reber bleibt Gemeindepräsident

Ferenbalm Genau sieben Interessierte kandidierten Ende Oktober für die sieben Sitze im Ferenbalm Gemeindeparlament. Auch für die Gemeindepräsidenten ging nur eine Kandidatur ein, nämlich ein gemeinsamer Wahlvorschlag aller drei Ortsparteien (SVP, SP, FDP): Martin Reber (SVP), bisheriger Gemeindepräsident. Und auch der Vizepräsident bleibt: Daniel Jost (SVP). (red)

Die 270-jährige Buche wird nicht gefällt

Stadt Bern In der Parkanlage Elfenau ist eine 270 Jahre alte Buche abgestorben. Sie kann aber stehen bleiben, teilt die Stadt mit. Die Krone sei schon vor längerem gesichert und der Baum abgesperrt worden. Die Sicherheit der Passanten sei also gewährleistet. Die Buche wird nach und nach zerfallen; sie dient als Futterplatz für Pilze, Bakterien, Käfer und Vögel. In einer öffentlichen Anlage sei das nur selten möglich, schreibt die Stadt. (sda)

Winter-Pop-ups: Verwechslung

Korrigendum In der gestrigen Ausgabe ist uns im Artikel über den Kornhausplatz eine Verwechslung passiert. Barbara Boss arbeitet nicht beim Theater Matte, sondern als Produktionsleiterin der freien Theaterszene. Wir entschuldigen uns für den Fehler. (cla)

Wir gratulieren

Biglen Verena Mange, Kreuzmatt 15, feiert heute ihren 80. Geburtstag. (pd)

Wir gratulieren der Jubilarin ganz herzlich und wünschen alles Gute.

BZ BERNER ZEITUNG

Berner Zeitung
Zeitung im Espace Mittelland
HERAUSGEBERIN Tamedia Espace AG, Dammweg 9,
Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 330 31 11
VERLEGER Pietro Supino
REDAKTION
Chefredaktor: Simon Bärtschi/smb
Stv. Chefredaktor: Wolf Rökken/wrs
Tagesleitung & redaktionelle Planung: Stephan Dietrich (stü), Anna Tschannen (ats)
Ressortleiter: Stadt Bern: Stefan Schnyder (sny),
Region Bern: Stephan Kunzi (skk), Kanton Bern:
Chantal Desbiolles (cd), Emmentaler: Markus Zahno (maz),
Ob- und Nidwalden: Kathrin Holzer (khl), Berner Kultur: Michael Feller (mfe), Berner Sport: Stephan Dietrich (stü), Forum (Leserkontakte): Franziska Zaugg (fz)
Verlag Verlagsleiter: Robin Tanner
ADRESSE UND TELEFONNUMMER Hauptredaktion
3001 Bern, Dammweg 9/Postfach, Tel. 031 330 33 33
E-Mail: redaktion@bernerzeitung.ch
Zentrale: 031 330 31 11
Gesamtauflage BZ Berner Zeitung: Verbreitete Auflage 128 251, davon verkaufte Auflage 126 419 Exemplare (WEMF/SW-beglaubigt)
Copyright-Regelung Vergleiche grosses Impressum in der Montagsausgabe.
Das vollständige Impressum finden Sie auf impressum.bernerzeitung.ch

Ein Mitglied des



Ein Angebot von Tamedia